

Aussichten

Die Korruptionsbekämpfung ist unglaublich inkonsequent

Zu den Sozialfiguren der Gegenwart gehört der flexible Mensch. Der Duden beschreibt Flexibilität als Biegsamkeit oder Fähigkeit des Menschen, sich im Verhalten und Erleben wechselnden Situationen rasch anzupassen. Damit aber sind nicht gemeint Opportunismus und «Wendehalsqualitäten». Vielmehr ist die ursprünglich vom US-Soziologen Richard Sennet gewählte Abbildung der Flexibilität in Form und im Wesen eines Baumes zugrunde gelegt worden: der Baum, der sich zwar im Wind biegen kann, danach zu seiner ursprünglichen Gestalt zurückkehrt. Diese Dehnfestigkeit soll es ermöglichen, sich wechselnden Umständen und besseren Einsichten anzupassen, ohne aber von ihnen gebrochen zu werden. Das heisst auch, dass die Treue zu sich selbst und den eigenen Werten immer wieder gesucht werden muss.

Bei der Schweiz und ihrem Finanzplatz ist diese Treue irgendwo an einer Garderobe abgegeben und dann vergessen worden. Das zeigt sich nicht nur am Faktum, wie Schweizer Banken mit Datenlieferungen an die USA umgegangen sind. Sie haben auch Mitarbeitende ausgeliefert und müssen sich nun vom Bundesgericht sagen lassen, wie es mit dem Datenschutz in den USA aussieht: Er ist ungenügend. Aktuell geht es um Kundeninformationen und den automatischen Informationsaustausch. Dieser soll auch mit Russland gepflegt werden. Herr Putin erhält als Staatspräsident ein Jahresgehalt von rund 127 000 Euro. Kenner schätzen sein Vermögen auf rund 200 Milliarden US-Dollar. Ein Kommentar zu den möglichen Quellen seines Reichtums erübrigt sich angesichts der vielen Berichte, die dazu bereits publiziert wurden. Der repressive Umgang mit der Opposition, die endemische Korruption und die erbärmliche Rechtsunsicher-

heit sollten der Schweiz eigentlich sagen, was zu unterlassen ist. Die SVP nimmt dies – nicht nur für Russland – auf, was wichtig ist. Sie wehrt sich gegen die Lieferung von Bankdaten an korrupte und autoritäre Staaten. Entgegen wird diesem Widerstand mit Argumenten wie «Internationale Zusammenarbeit zahlt sich aus». Das ist – mit Verlaub – opportunistisch und dumm. Und wenig begeistert ist, dass die NZZ diesbezüglich von «mutmasslichen Unrechtsstaaten» schreibt – wie wenn sie es nicht besser wüsste.

Nicht nur beim automatischen Informationsaustausch lässt sich ein Manko an Haltung feststellen. Der Umgang mit korrupten Regimen lässt auch sonst an Folgerichtigkeit zu wünschen übrig. Schauen wir einmal, wie es sich mit Angola verhält. Isabel dos Santos ist die reichste Frau Afrikas mit einem geschätzten Vermögen von rund 3 Milliarden Dollar. Ihr Vater, José Eduardo dos Santos, kontrollierte Angola, eines der korruptesten Länder der Welt, bis gerade vor einigen Tagen fast vier Jahrzehnte lang. Politik und Geschäft gehen ineinander über, um es freundlich zu umschreiben. Man darf von einer monströsen Vetternwirtschaft schreiben, die von Gier und Skrupellosigkeit geprägt ist. Angola ist ein Familienunternehmen der Dos Santos-Sippe; es herrscht ein feudalistisch-korruptes System. Zusammen mit dem MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) regieren die Clanmitglieder das Land und bestimmen die Regeln. Mit ihrem Reichtum erklärt sich, warum Angola so arm ist. In der Hauptstadt Luanda gibt es so gut wie kein Trinkwasser, das Gesundheitswesen ist in einem desolaten Zustand. 2011 fand der Internationale Währungsfonds heraus, dass zwischen 2007 bis 2010 sich 32 Milliarden Dollar in Luft aufgelöst hatten. Es wird allgemein davon ausge-

gangen, dass die Milliarden in Beteiligungen geflossen sind, vornehmlich in solche der Familie von José Eduardo dos Santos und seiner Tochter Isabel. Ihr Ehemann, aus dem Kongo stammend, gibt sich als Geschäftsmann und grosser Kunstsammler; woher seine Mittel stammen, ist ungeklärt. Was geht das die Schweiz an? Viel, nicht nur der Banken wegen.

Seit 2012 kontrolliert das Paar, über ein Konstrukt von Sitzgesellschaften, einen Schmuckhersteller des obersten Preissegmentes in der Schweiz. Obschon Angola auf dem Index von Transparency International bei den schlimmsten Korruptionsschmuddelkindern rangiert, kräht in der heilen Schweiz kein Hahn danach, woher das Geld für den Erwerb dieses Schmuckherstellers stammt. Der bereits erwähnte Ehemann liess sich dieser Tage in «Le Monde» selbstentlarvend zitieren: «Je préfère que la richesse du continent revienne à un Noir corrompu plutôt qu'à un Blanc néocolonialiste» (es ist besser, wenn der Reichtum des Kontinents einem korrupten Schwarzen zufällt als einem weissen Neokolonialisten). Wie schreibt der Künstler Ben Vautier: «Il faut se méfier des mots» (man muss sich vor den Worten hüten).

Und die Schweiz: Warum schaut man nicht konsequenter genau hin? Korruptionsbekämpfung muss ganzheitlich erfolgen. Wenn Geld stinkt, tut es das nicht selektiv.



Monika Roth
Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.

Europas Löhne stagnieren

Arbeitsmarkt Vom wirtschaftlichen Aufschwung in den europäischen Ländern profitieren die Arbeitnehmer nur minim.



Die Inflation im EU-Raum zieht stärker an als die Löhne. Die Kaufkraft der Konsumenten – hier auf einem Markt in Rom – sinkt.
Bild: Alessia Pierdomenico/Getty

Die Reallöhne in den 28 EU-Mitgliedstaaten steigen in diesem Jahr voraussichtlich nur noch um 0,4 Prozent. Im Vorjahr waren sie noch um 1,5 Prozent gestiegen. Wegen geringer Preissteigerungen in der EU schlugen sich Lohnerhöhungen im vergangenen Jahr fast ungebremsst nieder. In diesem Jahr werde die Inflation jedoch aufgrund höherer Energie- und Nahrungsmittelpreise anziehen und damit die reale Kaufkraft der Löhne senken, ergab eine gestern veröffentlichte Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Die WSI-Analyse geht davon aus, dass Beschäftigte in Italien, Spanien, Grossbritannien, Belgien, Finnland und Zypern 2017 sogar mit Reallohnverlusten rechnen müssen. Die Betrachtung der Reallöhne über einen längeren Zeitraum zeigt der Studie zufolge, dass die Folgen der Eurokrise längst noch nicht überwunden sind. In zehn EU-Staaten liege das Reallohniveau noch immer unterhalb des

Niveaus des Krisenjahrs 2009. Am deutlichsten ist diese Entwicklung in Griechenland, wo die Reallöhne zwischen 2010 und 2017 um fast 23 Prozent gefallen sind. Lediglich in einigen osteuropäischen Ländern sei es im gleichen Zeitraum zu kräftigen Reallohnzuwächsen gekommen, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Ausserhalb von Osteuropa konnten Schweden (13,7 Prozent), Deutschland (9,8 Prozent), Malta (8 Prozent) und Irland (6,9 Prozent) seit 2010 klare Reallohnzuwächse verzeichnen. In Deutschland blieb der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen – die sogenannte Lohnquote – aber trotz der Lohnzuwächse von 2010 bis 2017 konstant, wie das WSI schrieb. Die Lohnerhöhungen der letzten Jahre seien vollständig durch Preis- und Produktivitätssteigerungen gedeckt gewesen. Hinzu komme, dass Deutschland in den 90er- und 2000er-Jahren einen starken

Rückgang der Lohnquote erlebt habe. Die Entwicklung des aktuellen Jahrzehnts habe den Trend angehalten, aber nicht korrigiert.

Zeit günstig für Lohnerhöhungen

Klar stärkere EU-weite Steigerungen würden nach Ansicht der Wissenschaftler die Binnennachfrage und das Wachstum in Europa beleben. Lohnzuwächse würden nicht nur die private Nachfrage stärken, sondern auch zu einer Normalisierung der Inflation beitragen, schreiben die gewerkschaftlichen Ökonomen. Die Rahmenbedingungen bildeten ein relativ günstiges Umfeld, heisst es. So habe das Wachstum 2017 alle EU-Staaten erreicht.

Die EU-Kommission geht wie im Jahr 2016 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,9 Prozent aus. Gleichzeitig nimmt die Arbeitslosenquote kontinuierlich auf noch 8,0 Prozent in diesem Jahr ab. (sda)

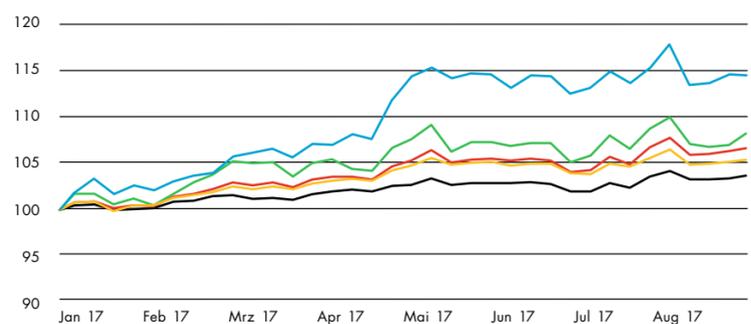
ANZEIGE

Finanzmärkte und LUKB Anlagefonds

1. September 2017

Die globalen Aktienmärkte zeigten sich in der Berichtswoche von der freundlichen Seite, was unter anderem auf positive Konjunkturdaten zurückzuführen war. So stieg die Stimmung der Industrieunternehmen im Euroraum auf ein Sechsjahreshoch. Mit 57,4 Punkten im Juli liegt der Indikator deutlich über der Grenze von 50 Punkten, welche Wachstum signalisiert. Positiv überrascht hat auch die USA, welche für das zweite Quartal ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent vermeldete. Den grössten Beitrag kam dabei von den Verbrauchern und den Unternehmen, welche ihre Konsumausgaben respektive Investitionen gegenüber dem Vorquartal erhöhten. Die LUKB Anlagefonds schlossen die Berichtswoche mehrheitlich im positiven Bereich ab.

Entwicklung der LUKB Anlagefonds indexiert per Januar 2017



Aktien	akt. Index	Wochenfrist	seit 1.1.
SMI	8'931	0.3%	8.7%
Euro Stoxx 50	3'453	0.4%	4.9%
FTSE 100	7'456	0.7%	4.4%
Dow Jones Ind. Avg.	21'948	0.6%	11.1%
Topix	1'620	1.4%	6.6%

Zinsen	akt. Rendite	Wochenfrist	seit 1.1.
CHF 3 Mt.	-0.726	0.00 PP	0.00 PP
CHF 10 J.	-0.120	0.02 PP	0.02 PP
EUR 3 Mt.	-0.373	0.00 PP	0.04 PP
EUR 10 J.	0.384	0.00 PP	0.18 PP
USD 3 Mt.	1.316	0.00 PP	0.32 PP
USD 10 J.	2.126	0.04 PP	0.32 PP

Devisen	akt. Kurs	Wochenfrist	seit 1.1.
EUR/CHF	1.144	0.4%	6.7%
GBP/CHF	1.242	0.8%	1.3%
USD/CHF	0.960	0.3%	5.8%
JPY/CHF	0.871	0.4%	0.1%
EUR/USD	1.192	0.0%	13.3%

Anlagefonds	akt. Kurs	Wochenfrist	seit 1.1.
LUKB Expert-Ertrag	145.40	0.1%	3.8%
LUKB Expert-Vorsorge 45	145.20	0.0%	5.5%
LUKB Expert-Zuwachs	190.30	0.1%	6.6%
LUKB Expert-TopGlobal	153.50	0.7%	8.2%
LUKB Crowders TopSwiss	125.70	0.4%	14.3%
LUKB Expert-Tell	102.90	1.1%	n.a.*

* lanciert per 31. März 2017

- LUKB Expert-Ertrag
- LUKB Expert-Vorsorge 45
- LUKB Expert-Zuwachs
- LUKB Expert-TopGlobal
- LUKB Crowders TopSwiss

Anlageberatung und LUKB Anlagefonds



Informieren Sie sich unter www.lukb.ch/expert-markt



Bargeldlos bezahlen mit Twint www.lukb.ch/twint



Lassen Sie sich persönlich oder telefonisch unter 0844 822 811 beraten.

Für jeden Anleger die passende Lösung.

